

## Die nationalen Parteien leben mehr und mehr von Spenden

Versuch einer Langzeitstudie zur Entwicklung der Parteibudgets

Die Budgets der nationalen Parteien wachsen, die Parteikassen werden aber kaum noch durch Mitgliederbeiträge gefüllt. Die Landesparteien sind je länger, je mehr auf Parteispenden angewiesen. Eine neue Studie schätzt den Anteil der Fremdfinanzierung der Schweizer Parteien für das Jahr 2006 auf durchschnittlich rund 70 Prozent.

Im Zuge der Professionalisierung und Zentralisierung der politischen Parteien in der Schweiz ist auch ihr Finanzbedarf deutlich angestiegen. Den Versuch, die Entwicklung der Budgets der fünf grössten Schweizer Parteien auf nationaler und kantonalen Ebene nachzuzeichnen, hat nun das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (Idheap) in Lausanne unternommen. Gemäss einer am Montag veröffentlichten Studie, verfasst von Mathieu Gunzinger, verfügten die fünf grössten Schweizer Parteien, SVP, SP, FDP, CVP und Grüne, im Jahr 2006 zusammen über rund 16,4 Millionen Franken – das bedeutet im Vergleich zu 1996 einen Anstieg um über 60 Prozent. Auf kantonaler Ebene liegt das jährliche Gesamtbudget der fünf Parteien in der Periode 2004 bis 2007 bei insgesamt 22,4 Millionen Franken, was gegenüber der Periode 1994 bis 1997 einer Steigerung um 17,8 Prozent entspricht.

### Teure nationale Wahlkampagnen

Besondere Ausgaben erwachsen den Parteien jeweils in Wahljahren. In der Studie werden die Parteibudgets für diese Jahre deshalb auch separat ausgewiesen. Gemäss den Schätzungen des Idheap haben die fünf Landesparteien im Wahljahr 2007 insgesamt rund 20 Millionen Franken ausgegeben, was gegenüber dem Wahljahr 1995 einer Steigerung um 87,1 Prozent gleichkommt. Umgekehrt haben die Einnahmen der Kantonalparteien in Wahljahren im Vergleich zu früheren Perioden leicht abgenommen. In der Studie werden die Wahljahr-Budgets der Kantonalparteien in der Periode 2004 bis 2007 auf insgesamt 32,6 Millionen Franken geschätzt, was

gegenüber der Periode 1994 bis 1997 einem Rückgang von 1,5 Prozent entspricht. Die Forscher interpretieren diese gegensätzliche Entwicklung der Ausgaben auf nationaler und kantonalen Ebene mit dem relativen Bedeutungszuwachs der nationalen Wahlkampfe.

Die Studie geht auch der Frage nach, wie die Parteien zu ihren Einnahmen kommen. Gemäss den Ergebnissen leben die Landesparteien je länger, je mehr von Spenden und vom Fundraising. Konkret gehen die Forscher davon aus, dass bei den Landesparteien im Jahr 2006 rund 70 Prozent der Einnahmen aus externen Quellen stammten, wobei diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien ausgemacht werden. Bei der FDP machen Einnahmen aus parteifremden Quellen gemäss der Studie 94 Prozent des Budgets aus, bei der SVP und der CVP liegt dieser Anteil bei je 75 Prozent, bei der SP bei 62 und bei den Grünen bei 60 Prozent.

Die Entwicklung der zunehmenden Fremdfinanzierung der Parteien insgesamt hängt vor allem mit veränderten Einnahmeposten bei der SP und der SVP zusammen, denn Landesparteien von FDP und CVP sind traditionell stark von Fremdmitteln abhängig. Vergleicht man also die Anteile der externen Finanzierung bei den nationalen Parteien zwischen 1996 und 2006, so ist dieser Anteil bei der CVP nur um 5 Prozentpunkte gestiegen, bei der FDP etwa stabil geblieben (minus 1 Punkt), bei der SP aber um 35 und bei der SVP um 45 Prozentpunkte gewachsen (Grüne plus 14 Punkte).

Anders sind die Einnahmen der Kantonalparteien strukturiert. Auch hier hat zwar die Bedeutung der Fremdfinanzierung in den vergangenen Jahren zugenommen – hier auch bei der FDP und bei der CVP. Die Einnahmen der kantonalen Parteien werden aber insgesamt nach wie vor zu rund drei Vierteln aus Mitgliederbeiträgen generiert.

### Kaum Transparenz

In der Schweiz gibt es keine staatliche Parteienfinanzierung, deshalb sind die Parteien auch nicht verpflichtet, ihre Budgets transparent auszuweisen. Entsprechend bilden die in der Studie aufgeführten Zahlen nur einen kleinen Teil der Wirk-

lichkeit ab – dessen ist sich auch der Autor bewusst. Vor allem für die nationalen Parteien seien die Zahlen mit grösster Vorsicht zu geniessen, sagt Mathieu Gunzinger auf Anfrage. Tatsächlich fliessen gerade bei Wahl- und Abstimmungskampagnen die meisten Gelder gar nicht über das ordentliche Parteibudget. Das zeigt allein schon der Vergleich der in der Studie ausgewiesenen Zahlen mit Schätzungen der Marktforschung, welche sich etwa auf die Auszählung von Inserateseiten stützen und so tatsächliche Budgets schätzen. Laut Gunzinger hat etwa «Media Focus» die Ausgaben der Parteien für Wahlkampagnen 2007 auf insgesamt rund 65 Millionen Franken geschätzt – ein Wert, der die in der Idheap-Studie aufsummierten Wahljahr-Budgets um mehr als das Dreifache übersteigt.

Dazu kommt, dass die Parteien auch nicht alle die gleichen Buchhaltungsregeln einhalten, womit die in der Studie aufgeführten absoluten Zahlen zu den Budgets die Realität kaum widerspiegeln dürften: Gemäss den Zahlen der Studie weist die SP im Jahr 2006 mit 8,4 Millionen Franken das höchste Budget aus, es folgen die FDP mit 3 Millionen, die CVP mit 2,4 Millionen, die SVP mit 2 Millionen und die Grünen mit 637 000 Franken. Etwas näher an der Wahrheit dürften die Zahlen für die kantonalen Sektionen liegen, hier weist die SP 7 Millionen aus, es folgen die FDP mit 6,1, die CVP mit 4, die SVP mit 3,2 und die Grünen mit 2,1 Millionen Franken.

Die Studie liefert dank der methodisch standardisierten Erhebung in verschiedenen zeitlichen Perioden zwar nützliche Hinweise auf generelle Trends in der Parteienfinanzierung auf nationaler und kantonalen Ebene, sie lässt aber den effektiven Vergleich zwischen den einzelnen Parteien eigentlich nicht zu. Über die Herkunft von Geldern gerade bei Wahl- und Abstimmungskampagnen gibt es in der Schweiz nicht die nötige Transparenz – was auch regelmässig Debatten über problematische Abhängigkeitsverhältnisse von Parteien und Politikern provoziert. Ein Blick auf Spendenskandale in umliegenden Ländern zeigt allerdings, dass solche Probleme allein mit mehr staatlicher Regulierung auch nicht aus der Welt zu schaffen sind.

## Geldwäscherei-Prozess vor Bundesstrafgericht

Anklage gegen vier Guineaner

Bellinzona, 7. Juli. (sda) Vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona hat am Montag ein Prozess gegen vier Personen aus Guinea begonnen, die der Geldwäscherei bezichtigt werden. Zwei von ihnen sind überdies der Widerhandlung gegen das Ausländergesetz angeklagt. Dem Quartett wird vorgeworfen, von Landsleuten aus Guinea grössere Geldsummen aus dem Schweizer Kokainhandel entgegengenommen zu haben. Gegen Bezahlung hätten sie diese Drogengelder nach Guinea transportiert, heisst es in der Anklageschrift. Bei zwei Angeklagten handelt es sich um abgewiesene Asylbewerber im Alter von 23 und 28 Jahren. Zudem ist ein Ehepaar im Alter von 40 und 48 Jahren angeklagt, das in Frankreich wohnhaft ist. Das Paar blieb der Verhandlung unentschuldig fern.

Die Verteidigung des Ehepaares versuchte am Montag vergeblich, die Zuständigkeit des Bundesstrafgerichtes in Frage zu stellen. Ein entsprechender Antrag wurde vom Gericht abgewiesen. Verhandelt wird in den nächsten Tagen vor Gericht eine Affäre, die im Frühjahr 2006 bei einer Kontrolle am Pariser Flughafen Charles de Gaulle aufflog. Die beiden Asylbewerber wurden von den französischen Zollnern mit 100 000 Euro, 334 000 Franken sowie 900 Dollar im Gepäck gestoppt. Der Prozess ist auf drei Tage angesetzt.

## Interesse für grünen Strom

5000 Anmeldungen beim Bundesamt

Bern, 7. Juli. (sda) Die von den eidgenössischen Räten beschlossene Vergütung für die Einspeisung von grünem Strom ins Elektrizitätsnetz hat einen Investitionsboom ausgelöst. Das Bundesamt für Energie (BfE) hat schon rund 5000 Anmeldungen erhalten.

Produzenten von erneuerbarem Strom aus Wasserkraft (bis 10 Megawatt), Photovoltaik, Windenergie, Geothermie und Biomasse können ihre Anlagen für die kostendeckende Einspeisungsvergütung anmelden. Wie das BfE mitteilte, zeugen die Gesuche von einem «riesigen Interesse» an erneuerbarem Strom. Die Netzgesellschaft Swissgrid, die im Auftrag des Bundes die Abwicklung der kostendeckenden Einspeisungsvergütung durchführt, ist zurzeit daran, die Anmeldungen zu prüfen und auszuwerten. Ab Mitte August werden die Gesuchsteller informiert, ob ihre Anlagen für die Einspeisungsvergütung berücksichtigt werden. Zur Förderung des grünen Stroms wird ab 1. Januar 2009 ein Zuschlag von maximal 0,6 Rappen pro Kilowattstunde des schweizerischen Strom-Endverbrauchs erhoben. Beim gegenwärtigen Endverbrauch stehen für die Finanzierung rund 344 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung.

## Tatbeweis und Hilferuf zum Hochwasserschutz

Berner Standesinitiative verlangt mehr Bundesgeld

Mit rund 80 Projekten, die Investitionen von 320 Millionen Franken nach sich ziehen, will der Kanton Bern den Schutz vor Hochwassern verbessern. Er hält die dafür in Aussicht gestellten Bundesmittel aber für viel zu gering. Nun sorgt eine Berner Standesinitiative für mehr Druck.

kfr. Bern, 7. Juli

Allein die Überschwemmungen von 2005 – in Erinnerung sind namentlich die Verwüstungen im Oberland – und 2007 (vorab im Seeland) haben im Kanton Bern Schäden von über 800 Millionen Franken verursacht. Der Klimawandel sei in den letzten Jahren «von der abstrakten Theorie zur konkreten und bedrohlichen Gefahr» geworden, erklärte Regierungspräsidentin Barbara Egger-Jenzer; der Regierungsrat habe die Zeichen der Zeit erkannt und dem Hochwasserschutz die höchste Priorität zugesprochen. Ein zusammen mit den Gemeinden entwickeltes Programm umfasst mehr als 100 Projekte von unterschiedlicher Grösse; bei rund 80 Projekten mit einem Investitionsbedarf von etwa 320 Millionen Franken soll bis 2011 der Bau beginnen.

### Durch fehlende Bundesmittel bedroht

Auf kantonaler und kommunaler Ebene sind die notwendigen Gelder bereits bewilligt oder in der Finanzplanung berücksichtigt worden. Doch die Realisierung der Projekte droht an den fehlenden Bundesmitteln zu scheitern. Die Beteiligung ist nach dem neuen Finanzausgleich auf 125 Millionen Franken veranschlagt – von den 60 Millionen Franken, die in den nächsten vier Jahren für den Hochwasserschutz ausbezahlt werden sollen, entfallen aber laut Regierungspräsidentin Egger nur 11 Millionen Franken auf den Kanton Bern. Dieses Geld reiche nicht einmal aus, um die bereits im Bau befindlichen Projekte zu finanzieren.

Die Behörden verstehen nicht, «weshalb der Bund und das Bundesamt für Umwelt präventives Handeln verhindern». Für Betroffene, die einer realen Gefahr ausgesetzt sind, seien die drohenden Verzögerungen gar unerträglich. Durch eine vom Grossen Rat verabschiedete Standesinitiative fordert der Kanton Bern deshalb vom Bund mit Nachdruck mehr Geld für den Hochwasserschutz. Er selber sei nicht in der Lage, fehlende Bundesbeiträge in der Grössenordnung von über 150 Millionen Franken vorzufinanzieren.

### Umfassender Schutz am Beispiel Brienz

Als Initiator der Intervention auf Bundesebene legte Grossrat Peter Flück, Gemeindepräsident von Brienz, die derzeitige Situation in der vor drei Jahren besonders stark heimgesuchten Gemeinde dar. Am 23. August 2005 hatte der Murgang am Glyssibach zwei Todesopfer gefordert sowie 30

Häuser zerstört oder stark beschädigt und Schäden von 41 Millionen Franken verursacht. Dazu kamen 20 zerstörte oder stark beschädigte Häuser und Schäden von 30 Millionen Franken durch den Trachtbach. Inzwischen wurden zwei grosse Projekte im Umfang von 49 Millionen Franken ausgearbeitet, an die der Bund 40 Prozent (19,6 Millionen Franken) und der Kanton 52 Prozent (25,5 Millionen Franken) leisten sollen.

Wie Flück darlegte, hat der Bund immer wieder gemahnt, man müsse rechtzeitig mit dem Bau von Präventionsmassnahmen beginnen – etwa im Blick darauf, dass am Trachtbach das Abrutschen labiler Massen drohe und auch am Glyssibach, dessen Gerinne inzwischen ausgeräumt wurde, die Gefährdung in den nächsten Jahren wieder zunehmen werde. Obwohl das Bundesamt für Umwelt die Vorkehrungen als «gut und vorbildlich» beurteilt, sehe die Realität anders aus; fraglich sei namentlich ein Start des Baus der ersten Etappe am Glyssibach im kommenden Winter. Für besonders stossend hält der Gemeindepräsident, dass nicht nur Brienz vom Finanzierungsproblem betroffen ist. Es sei für praktisch alle Gemeinden, welche Präventionsmassnahmen umsetzen wollten, fast unlösbar.

## Doch ein Referendum gegen das Betäubungsmittelgesetz

Komitee von SVP- und EDU-Politikern

Thun, 7. Juli. (ap) Nach harzigem Verlauf bei der Unterschriftensammlung könnte das Referendum gegen die Revision des Betäubungsmittelgesetzes nun doch noch zustande kommen. Zwar sind gemäss dem Berner EDU-Nationalrat Christian Waber vom Referendumskomitee noch nicht alle für das Referendum nötigen 50 000 Unterschriften beglaubigt. Waber ist aber zuversichtlich, dass die nötigen Unterschriften eingegangen sind und am kommenden Donnerstag – dem Eingabetermin – in Bern eingereicht werden können. Das Referendum ist von einem Komitee von Politikern der SVP und der EDU ergriffen worden. Die angefochtene Gesetzesrevision regelt unter anderem die Verfügbarkeit von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken. Die Gegner kritisieren laut Waber, dass das revidierte Gesetz für therapeutische Zwecke nicht nur die Abgabe von Heroïn, sondern auch von anderen Betäubungsmitteln vorsieht. Weiter stört es die Gegner, dass der Konsum von Kleinstmengen von Betäubungsmitteln nicht mehr strafbar sein soll. Kommt das Referendum zustande, wird die Vorlage am 30. November unter anderem zusammen mit der Hanfnitiative zur Abstimmung kommen.

## 149 illegale Einreiseversuche

Euro-08-Bilanz des Grenzwachtkorps

Bern, 7. Juli. (sda) Die Euro 08 sei für die rund 2000 Grenzwachter eine grosse Herausforderung gewesen, schreibt das Grenzwachtkorps (GWK) in einer Mitteilung vom Montag. Die Sicherheit an der Grenze sei aber jederzeit gewährleistet gewesen. Im Zeitraum vom 7. bis zum 29. Juni hat das GWK 149 illegale Einreisen verhindert, 702 Personen wurden an der Grenze zurückgewiesen. Davon waren 110 mit einer aktiven Einreiseperrre belegt. Wie viele davon in der Datenbank «Gewalttäter Sport» registriert waren, lässt sich aus der Statistik nicht ablesen. Laut Thomas Schräml, Sprecher des GWK, wird der Grund für den Datenbankeintrag nicht separat aufgeführt.

In 211 Fällen wurden Verstösse gegen das Waffengesetz geahndet. In 211 Fällen musste wegen Dokumentenfälschung und in 215 Fällen wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz interveniert werden. Insgesamt seien während der Fussball-EM 80 Kilogramm Drogen sichergestellt worden, davon 14,5 Kilogramm Heroïn am Flughafen Zürich. Laut Schräml ist dies nicht mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt. Unterstützt wurde das GWK von der Armee: Während insgesamt 35 Stunden überwachten (unbemante) Aufklärungsdrohnen das Grenzgebiet. Die zusätzlichen Kontrollen in den Zügen wertete das GWK als sehr erfolgreich; damit sei es gelungen zusätzliche Sicherheit zu schaffen.

### Mehr Khat, weniger Haschisch

Im ersten Halbjahr 2008 wurden an der Schweizer Grenze 4054 Personen zurückgewiesen. Davon waren 584 mit einer aktiven Einreiseperrre belegt. Im Übrigen wurden mehrheitlich ungenügende oder abgelaufene Reisedokumente beanstandet. 1029 Personen versuchten, illegal ins Land zu gelangen. Wie schon in den vergangenen Jahren wurde dies am häufigsten in der Region Genf (367 Fälle), im Tessin (221 Fälle) und in Basel versucht (129 Fälle).

(ap) Eine Veränderung stellten die Grenzwachter bei der Nachfrage nach Betäubungsmitteln fest. So sei die Menge an sichergestelltem Khat sehr gross gewesen, während der Schmuggel von Haschisch und Marihuana zurückgegangen sei. In 1378 Fällen wurde wegen des Besizes oder Schmuggels von Betäubungsmitteln interveniert. Dabei wurden 610 Kilogramm Betäubungsmittel sowie 11 289 Konsumationseinheiten sichergestellt. Insgesamt wurden 71,2 Kilogramm Kokain, 14,5 Kilogramm Heroïn, 100,4 Kilogramm Haschisch, 5,8 Kilogramm Marihuana, 403 Kilogramm Khat sowie 10 950 Ecstasy-Pillen und 331 Stück Amphetamine sichergestellt.

## Ein Kunden-Batzen für Bahninfrastruktur

Überlegungen in Bundesamt für Verkehr

Bern, 7. Juli. (sda) Die Bahnkunden müssen den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur vielleicht mitbezahlen. Darüber denkt jedenfalls das Bundesamt für Verkehr (BAV) nach. Laut Direktor Max Friedli wäre etwa ein Beitrag pro gefahrenen Kilometer denkbar. Dieser würde in einen Fonds einbezahlt, aus dem dann «mindestens ein Teil der Kosten» für die Infrastrukturneubauten finanziert werden könnte, sagte Friedli in einem Interview mit der «Neuen Luzerner Zeitung». Falls dieser Beitrag überhaupt zustande käme, würde er sich «im Rappenbereich» bewegen. «Ich denke nicht, dass der Bahnkunde diese Abgabe spüren wird.»

Grund für die Überlegungen im BAV ist ZEB 2, das Nachfolgeprojekt zur zukünftigen Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur (ZEB). Für die knapp 30 ZEB-Projekte sprach der Ständerat Anfang Juni 5,4 Milliarden Franken aus dem Finöv-Fonds. Damit ist dieser Fonds allerdings ausgeschöpft. Wie die rund 13 Projekte von ZEB 2 finanziert werden sollen, ist noch offen. Bis 2010 soll die Botschaft zum Vorhaben vorliegen.

## KURZMELDUNGEN

**Kampagne für IV-Finanzierung gestartet.** Anfang Juli ist der Verein «Behindertenkampagne Ja zur IV-Finanzierung» gegründet worden, der sich für die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV) einsetzt. Verschiedene Behindertenverbände gehören dem Verein an; Präsident ist Urs Dettingli, Mitglied der Geschäftsleitung der Pro Infirmitas. Das Volk wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr über eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV abstimmen. *hof.*

**Keine Strafe für Dienst bei Blackwater im Irak.** Ein Schweizer, der 2005 und 2006 mehrere Monate als Söldner bei der amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater im Irak im Einsatz war, kommt ohne Prozess davon. Die Militärjustiz hat das Verfahren eingestellt. Es habe kein Nachweis erbracht werden können, dass Blackwater eine Organisation sei, die einer fremden Streitmacht unterstehe oder ihr angegliedert sei, bestätigte eine Militärjustiz-Sprecherin Informationen der Zeitung «ch». Weil sich der Mann im Frühjahr 2006 für die französische Fremdenlegation bewarb, verurteilte ihn die Militärjustiz jedoch zu einer Busse von 1000 Franken. *(sda)*